jemand nicht damit einverstanden ist, kann ein Punkt gestrichen werden. Ich überlasse Frau Kutten das Wort, um uns Erklärungen dazu zu geben.

COLETTE KUTTEN (DEI GRENG): Das ist möglicherweise formal nicht ganz korrekt. Wenn das so ist, dann nehme ich zur Kenntnis, dass man das anders hätte formulieren müssen. Der Anlass für diesen Antrag ist die Tatsache, dass die erste Phase des Gesetzesprojekts zur Verwirklichung einer multimodalen Plattform in der vergangenen Woche, und zwar am 9. Juli, im Parlament gestimmt wurde. Ich muss nicht betonen, dass die Grünen das Projekt im Prinzip unterstützen.

BÜRGERMEISTER ALEX BODRY (LSAP): Ich möchte betonen, dass die Abstimmung einstimmig erfolgt ist, was eher selten im Parlament der Fall ist.

COLETTE KUTTEN (DEI GRENG): Die Grünen haben also auch für das Projekt gestimmt, obschon wichtige Elemente für die Verwirklichung der nächsten Etappen fehlen und eine ganze Reihe von Fragen unbeantwortet bleibt. Es ist zum Beispiel nicht klar, ob das Projekt wirtschaftlich so relevant ist, wie die CFL das darstellt, weil ihre Schätzungen auf Zahlen von 2007 beruhen. Das ist in unseren Augen nicht seriös, weil die Ausmaße des Projekts, sowohl die finanziellen als auch der Impakt auf die Landschaft und die möglichen negativen Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung, nicht zu unterschätzen sind. Nicht umsonst haben ja die Schöffenräte von Düdelingen und Bettemburg ein negatives Gutachten zum Vorprojekt abgegeben, vor allem aufgrund unvollständiger Unterlagen und ungeklärter Fragen. Leider sind aber wesentliche Fragen zu diesem Zeitpunkt noch nicht klarer. Die Punkte, die die Grünen in diesem Antrag im Vorfeld geklärt haben möchten, bereiten nicht nur uns Sorgen. Der Herr Bürgermeister hat alle diese Punkte aufgezählt in seiner Rede zum Gesetzesprojekt im Parlament. Auch er ist der Meinung, dass der Verkehrsimpakt der Plattform im Zusammenhang mit all den anderen Projekten in der Region geprüft werden muss, um festzustellen, welche Auswirkungen der Verkehr auf die Lebensqualität der lokalen Bevölkerung haben wird. Er fordert in diesem Zusammenhang Maßnahmen, um gegenzusteuern. Ausdrücklich weist er auf den Lärm und die Luftqualität hin. Auch der Herr Bürgermeister hat Bedenken, ob die geplanten Auffahrten im Verteilerkreis gut funktionieren. Er sagt klar und deutlich, dass die Verbindung zwischen Düdelingen und Bettemburg weiterhin für Fußgänger und Radfahrer bestehen bleiben muss und dass Düdelingen nicht abgeschnitten werden darf.

Nichts anderes fordern wir in diesem Antrag. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die anderen Parteien in diesem Saal das anders sehen. Wir alle kennen die Situation in der Praxis. Wir wissen, dass es hier nicht nur um theoretische Überlegungen geht. Für den zuständigen Minister dürfte das aber weniger klar sein. Vielleicht ist er aber durch die Überlegung zu überzeugen, dass die Wirtschaftlichkeit des Projekts auch beeinträchtigt werden könnte, wenn die Lastwagen ständig im Stau stehen. Zurzeit sieht es aber leider so aus, als ob alles sehr schnell gehen müsste. Um uns gegen die negativen Auswirkungen des Projekts zu wehren, haben wir als Gemeinde nur ein Druckmittel. Das ist die noch nicht erfolgte Umklassierung von einzelnen Geländeparzellen im Bebauungsplan im Industriegebiet, die für den Bau der Plattform notwendig ist. Wenn wir dieses Druckmittel aus der Hand geben, dann haben wir keine Einflussmöglichkeiten, um die negativen Auswirkungen des Projekts möglich klein zu halten. Wir fordern also den Schöffenrat auf, die Umklassierung besagter Parzellen erst vorzunehmen, wenn die Verkehrsimpaktstudie für sämtliche Aktivitäten im Raum Düdelingen/Bettemburg vorliegt und eine Lösung vorliegt, die gewährleistet, dass Zu- und Ausfahrt der Lastwagen Richtung Containerterminal und Eurohub den lokalen Verkehr zwischen Düdelingen und Bettemburg nicht behindern. Wie der Herr Bürgermeister auch ganz richtig im Parlament sagte, hat die lokale Bevölkerung kein Verständnis dafür, dass durch den Ausbau der Plattform global zwar das CO2 reduziert wird, für sie aber nur die negativen Konsequenzen bleiben. Das will dieser Antrag verhindern. Deshalb müsste an sich jeder in diesem Saal ihn unterstützen können. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER ALEX BODRY (LSAP): Meine Sorge ist es natürlich, dass wir in dieser Frage nicht immer weiter in die Parteipolitik abrutschen. Man muss auch wissen, dass der Schöffenrat der Nachbargemeinde Bettemburg, in dem andere Parteien vertreten sind als hier in Düdelingen, ohne irgendwelche Bedingungen eine Umklassierung des Geländes vorgenommen

hat, und das schon vor einigen Monaten. Wenn dann die gleichen Leute Anträge einreichen, in denen sie anderen Bedingungen aufzwingen wollen, dann finde ich das etwas seltsam. Ich befürchte, dass wir hier riskieren, in ein parteipolitisches Geplänkel zu verfallen, was nicht sachdienlich wäre.

Was hat stattgefunden? Wir hatten noch einmal eine Unterredung mit CFL-Multimodal, die hier mit einer stattlichen Delegation antraten. Das war die Sitzung, die ausgemacht worden war nach der öffentlichen Informationsversammlung. Wir haben erklärt, dass wir den Gemeinderat nicht mit einer Abänderung des Bebauungsplans befassen können, wenn wir nicht eine Reihe von zusätzlichen Informationen haben. Es ist unvorstellbar, dass wir in eine Prozedur gehen mit dem gleichen Wissensstand, den wir in der öffentlichen Versammlung hatten. Damals wurde eine Reihe von Fragen aufgeworfen. Es wurde auch versichert, dass noch verschiedene Sachen geschehen würden. Wir haben darauf bestanden, dass eine Reihe von Fragen geklärt werden muss. Es sind auch schon Antworten eingetroffen. Zum Beispiel wurden jetzt vom Ministerium für Nachhaltigkeit die gesamten Kompensierungsmaßnahmen festgelegt. Wir haben auch Unterlagen bekommen als Antworten auf eine Reihe von Fragen. Statt dass 90 Ar Wald angepflanzt werden sollen, sollen jetzt zwei Hektar Buchen- und Eichenwald angepflanzt werden.

Wir hatten selbst noch Kontakt mir der staatlichen Erwerbskommission, weil auch noch Probleme mit der Gemeinde zu lösen war. Sie hat ganz klar den Auftrag bekommen, für die CFL Gelände zu erwerben. Dadurch muss anderes Gelände gekauft werden und dann wird ein Tausch vorgenommen. Die Kompensierungsmaßnahmen scheinen also zu laufen. Daneben muss man uns noch eine Reihe von Antworten liefern. Wir haben der Eisenbahngesellschaft schriftlich eine Reihe von Fragen zukommen lassen, über die wir auch mit unseren Dienststellen diskutiert haben. Im Laufe der vergangenen Woche haben wir Unterlagen erhalten mit Untersuchungen, Plänen und Erklärungen als Antworten auf diese Fragen. Wir müssen uns jetzt in den kommenden Wochen damit befassen. Wenn wir der Ansicht sind, dass sämtliche Fragen beantwortet wurden, dann wollen wir den Gemeinderat mit der Umklassierung befassen. Dann ist es am Gemeinderat zu entscheiden, ob die Unterlagen für ihn vollständig genug sind. Jeder muss dazu Stellung beziehen und dann wird abgestimmt. Wenn eine Mehrheit der Ansicht ist, dass die Unterlagen noch nicht vollständig genug sind, dann wird der Punkt von der Tagesordnung genommen.

Auf jeden Fall ist klar, dass wir einem gewissen Druck nicht nachgegeben haben. Wir sollten die Umklassierung schon in dieser Sitzung vornehmen. Das war der Wunsch von CFL-Multimodal. Wenn wir die Erklärungen eine Woche im Vorfeld bekommen, dann haben wir nicht die Zeit, um uns damit zu befassen. Zweitens habe ich auch erklärt, dass ich nicht derjenige sein will, der während einer Ferienzeit eine öffentliche Befragung durchführt. Dann wird gesagt, wir würden abwarten, bis die Leute im Urlaub sind. Ich habe den Verantwortlichen von CFL-Multimodal gesagt, dass sie sich etwas gedulden müssten. Sie selbst sind ja am Ursprung einer gewissen Nervosität durch ihr Vorgehen. Jetzt müssen sie sich eben an einen Rhythmus gewöhnen, der nicht ihren Vorstellungen entspricht.

Ich schlage vor, dass wir nicht über diesen Antrag abstimmen. Was den Grund angeht, so sind wir uns über manches einig. Ich will natürlich auch nicht, dass wir in jahrelange Verzögerungen mit diesem Projekt geraten. Den Gemeinderatsmitgliedern werden die Unterlagen zugestellt, damit sie sich ein Bild machen können. Dann müssen wir entscheiden, ob wir bereit sind, diese Umklassierung vorzunehmen oder nicht. Unsere Idee war es ja, einige Punkte aus den Unterlagen schon in den Bebauungsplan festzuschreiben. Zum Beispiel können wir die Kompensierungsmaßnahmen zwingend festhalten. Das ist eine Reihe von Ideen, über die wir mit unserem Urbanistenbüro diskutiert haben.

Das Projekt abhängig machen zu wollen von der Gesamtstudie über den Verkehr im Süden Luxemburgs, scheint mir etwas übertrieben zu sein. Es wird noch eine Zeitlang dauern, bis sie vorliegen wird. Diese Untersuchung geht ja auch von den bestehenden Projekten aus und versucht technische Lösungen zu finden, um die Mobilität garantieren zu können. Wir hatten heute noch eine informelle Zusammenkunft mit dem Schöffenrat von Bettemburg. Wir haben festgehalten, dass wir einen gemeinsamen Brief schreiben wollen, um u.a. in Sachen Düdelinger Bach eine Reihe von technischen Wünschen zu äußern. Es soll sichergestellt werden, dass wir in Düdelingen keine Überschwemmungsprobleme, die wir jetzt nicht haben, durch einen Rückstau bekommen. Wir wollen, dass die Rohre die richtige Dimension haben, um dieses Risiko auszuschließen. Dieser Brief wurde heute unterschrieben. Wir haben auch gleichzeitig festgehalten, dass wir eine Unterredung mit den drei zuständigen Ministern beantragen werden. Es sind der Wirtschaftminister und die Minister für Bauten, Transport und Umwelt, um noch einmal die Anliegen der Gemeinden klarzumachen. Ich habe den Eindruck, dass sich in der Stadt Luxemburg immer alles so einfach vorgestellt wird.

Mein Vorschlag ist es, dass wir heute nicht über diesen Antrag abstimmen. Sie erhalten auf jeden Fall in den kommenden Wochen die Unterlagen, damit Sie sich ihre Vorstellungen machen können. Dann müssen wir entscheiden, ob wir das auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung nehmen oder nicht.

JEAN-PAUL GANGLER (CSV): Ich habe noch eine Frage dazu. Wir haben gehört, dass der Schöffenrat noch eine andere Untersuchung über den Verkehr zwischen Düdelingen und Bettemburg in Auftrag gegeben haben soll. Können Sie uns Erklärungen dazu geben? Frau Kutten sagt, dass wir alle unsere Möglichkeiten aus der Hand gegeben haben, wenn wir diese Umklassierung stimmen. Haben wir aber nicht noch eine zweite Möglichkeit, und zwar diejenige der Baugenehmigung, die ausgestellt werden muss? Das, was Sie sagen, macht Sinn. Wir müssen auch auf unsere Bürger hören. Wir sind auch der Meinung, dass das jetzt etwas langsamer angegangen und nicht überstürzt werden soll.

BÜRGERMEISTER ALEX BODRY (LSAP): Um nicht nur die Argumente der Straßenbauverwaltung zu hören, haben wir unseren Verkehrsexperten, Herrn Molitor, beauftragt, sich mit der Frage zu befassen und die Frage von möglichen zusätzlichen Ausfahrten von der Autobahn zum Standort zu prüfen. Das wurde relativ früh von der Straßenbauverwaltung abgewehrt. Wir wollen prüfen, ob das machbar ist und ob es Vorschriften gibt, die das erschweren. Das ist die Hauptfrage. Selbstverständlich wird auch das Ihnen zugestellt. Ich sorge dafür, dass der Gemeinderat über zumindest so viele Informationen verfügt wie die Bürgerinitiative. Wir haben uns im Schöffenrat darüber unterhalten. Auch wenn wir jetzt Kontakt mit der Bürgerinitiative haben, kann es nicht sein, dass sie Priorität für verschiedene Informationen hat. Dass sie eine Kopie bekommt, das dürfte niemanden hier stören, denn es sind keine Geheimdokumente. Es war aber auch unsere Sorge, dass wir gewisse Regeln einhalten, die zur Funktionsweise einer Gemeinde gehören.

Wir dürfen natürlich auch unsere Macht nicht missbrauchen. Die Umklassierung muss ja nach festen Regeln vorgenommen werden. Wir müssen auch eine legale Basis haben, um zum Beispiel eine Umklassierung nicht vorzunehmen. Wir können das ja nicht willkürlich entscheiden. Wir können Nein oder Ja zu einer Umklassierung sagen. Eine Genehmigung unter Bedingungen gibt es nicht. Das ist per Gesetz oder per Entscheidung der Gerichte verboten. Es ist entweder Ja oder Nein. Das Parlament hat das Projekt einstimmig gutgeheißen. Das Parlament hat nur eine Abstimmung vorgenommen, die gesetzlich zählt, und das ist das Ja zur Finanzierung. National wurde also schon eine klare Aussage zu dem Projekt gemacht, auch wenn es kritische Reden gab und gesagt wurde, dass noch verschiedene Punkte geprüft werden müssen. Das Prinzip an sich können wir nicht mehr in Frage stellen. Wenn man die Umklassierung zurückstellen möchte, dann muss man aber Argumente haben, die mit der Umklassierung des Geländes zu tun haben und nicht mit Fragen, die mit der Baugenehmigung zusammenhängen bzw. mit dem Genehmigungsverfahren. Es sind andere Kriterien zu berücksichtigen wie bei einer Umklassierung. Wir sollen versuchen, juristisch eine saubere Lösung zu finden, weil wir im Streitfall die Verantwortung der Gemeinde einbringen, wenn es in dieser Angelegenheit tatsächlich zu einem Streitfall kommen sollte. Ich denke, dass wir eine klare Linie haben sollten. Ich gehe davon aus, dass wir alle für das Projekt sind. Ich erkenne auch nicht, welcher Standort in Luxemburg eine Alternative wäre. Man kann das nicht überall planen. Wir müssen dafür sorgen, dass es verträglich und machbar bleibt. Durch die Konzentration von mehreren Projekten sollen wir auch nicht in eine unmögliche ökologische und wirtschaftliche Situation geraten. Tatsächlich sind es die beiden Argumente, die gültig sind. In diesen Zeiten kommt man aber wahrscheinlich besser mit wirtschaftlichen Argumenten voran als mit anderen.

Ich denke schon, dass wir relativ viel erreichen können. Wir haben schon vieles erreicht und dass Bewegung in die Angelegenheit kommt. Man kann feststellen, dass die Straßenbauverwaltung damit beschäftigt ist, neue Pläne für die Radverbindung auszuarbeiten.

Auch für die Fußgänger werden andere Lösungen gesucht. Es ist nicht so, dass es keine Wirkung gegeben hätte durch die Haltung der beiden Gemeinden. Durch die Tatsache, dass sich eine Bürgerinitiative gebildet hat, stellt man fest, dass mehr nachgedacht wird, als das noch vor sechs Monaten der Fall war. Das ist auch positiv, weil es im Sinne der Diskussionen ist, die wir geführt haben.

Was wir meiner Meinung nach schnell überprüfen müssen, sind die Lärmmessungen. Wir müssen dabei auf Fachleute zurückgreifen, weil es eine Materie ist, in der es wenig geteiltes Wissen gibt. Wir müssen feststellen, ob wir über den Normen liegen, ab denen obligatorisch Maßnahmen vom Staat ergriffen werden müssen, oder ob wir sie noch nicht erreicht haben. Es ist besser, wenn wir uns externes Fachwissen sichern, denn ich habe den Eindruck, dass im Staat Luxemburg keine zehn Leute wissen, wie diese Vorschriften zu interpretieren sind und wie die Berechnungen zu machen sind. Es ist sehr wichtig, dass hauptsächlich nachts Messungen durchgeführt werden. Wir wollen feststellen, ob die Nachtpegel, die in den Vorschriften stehen, eingehalten werden oder nicht. Wenn sie nicht eingehalten werden, dann besteht für den Staat die Verpflichtung, Lärmschutzmaßnahmen zu ergreifen. Das ist ein sehr wesentlicher Punkt, um den wir uns selbst kümmern müssen. Ich verstehe, dass der Staat nicht immer aktiv vorgeht, weil das größere Investitionen bedeutet.

ROMY RECH (LSAP): Meine Damen und Herren aus dem Schöffen- und Gemeinderat, das hier ist für unsere Fraktion ein sehr wichtiges Projekt. Wir haben uns wie die anderen Parteien und Fraktionen mit dem Aktionskomitee Büringen 21 getroffen und mit den Leuten diskutiert. Einer der wichtigen Aspekte ist der, dass man hier feststellen muss, dass die Initiative und das Aktionskomitee nicht gegen das Projekt sind. Es wurde klar gesagt, dass sie mit dem Projekt leben können, wenn eine Reihe von Bedingungen eingehalten wird, die vom Schöffenrat am 31. Januar 2012 klar und deutlich formuliert wurden.

Unsere Fraktion stimmt der Marschroute, die der Herr Bürgermeister vorgezeichnet hat, absolut zu. Ich finde auch, dass wir sehr viel Wert darauf legen sollen, was den Lärm, den Verkehr und die ökologischen Bedenken anbelangt. Wir sollen versuchen die nötigen Zusicherungen zu bekommen, denn es bleibt für unsere Stadt wichtig, auch in Zukunft neue wirtschaftliche Aktivitäten anzubieten. Das haben wir dem Aktionskomitee Büringen 21 ganz klar gesagt. Wir müssen also die Voraussetzungen schaffen, um im Raum Düdelingen weiterhin Arbeitsplätze zur Verfügung stellen zu können. Das verhindert nicht, dass wir alle Hebel in Bewegung setzen, damit das Projekt unter den bestmöglichen Bedingungen getreu den notwendigen Nachhaltigkeitskriterien verwirklicht werden kann. Bedeutsam erscheint es mir auch, die aktive Joint Venture mit Bettemburg aufrecht zu erhalten und gut in die vorgenannte Richtung zu koordinieren. Das ist von Nutzen aus der ganz einfachen Ursache, weil man eine breite geeinte Front braucht um unseren Forderungen Gehör zu verschaffen. Sie haben auch ganz recht, wenn Sie sagen, dass diese Front sich nicht schlecht aufgebaut hat, Herr Bürgermeister. Wenn wir die nötigen Informationen aus den Unterlagen, die wir bekommen haben, erhalten haben, können wir uns hier gemeinsam anständig koordinieren und auch eine Kohärenz in unsere Argumentation bringen, die den einen oder anderen Entscheidungsträger im Staat wach rütteln wird. Wir sollten das Projekt im Auge behalten und dann hier im Gemeinderat gemeinsam prüfen, ob wir Genugtuung auf den wichtigsten Punkten erhalten haben.

SYLVIE ANDRICH-DUVAL (CSV): Ich möchte auch kurz darauf reagieren, weil die CSV klarstellen möchte, dass wir dieses Projekt sehr wichtig finden. Wie hier gesagt wurde, werden dadurch zusätzliche Arbeitsplätze in Düdelingen geschaffen. Wir wurden in den vergangenen Jahren wirtschaftlich ziemlich gebeutelt, denn unsere Hütte wurde geschlossen. Wenn Arbeitsplätze in einem industriellen Bereich kommen, dann bringt das immer gewisse Belästigungen mit sich, egal wo sie sind, denn wo gehobelt wird, fallen Späne. Hier gibt es einen breiten politischen Konsens, nicht nur im Gemeinderat, sondern gemeindeüberschreitend auch mit der Gemeinde Bettemburg. Der dortige Schöffenrat ist auch dafür, dass wir uns zusammensetzen, damit alle Unannehmlichkeiten, die zu befürchten sind, so gering wie möglich sind.

Jetzt gibt es effektiv verschiedene Interpretationen, wie der Herr Bürgermeister erklärt hat. Die Bürgerinitiative Büringen 21 sagt, dass der Lärmpegel schon überschritten sei. Wir haben zurzeit effektiv keine Möglichkeit, um das zu überprüfen. Deshalb finde ich

es auch gut, dass wir die Unterlagen so vollständig wie möglich machen sollen. Ich möchte auch unterstreichen, dass die staatlichen Instanzen effektiv sensibilisiert sind und sich Gedanken machen. Wir haben auch schon auf mögliche Probleme hingewiesen, wenn Lastwagen im Verteilerkreis wenden müssen, wenn sie wieder auf die Autobahn gelangen wollen. Das ist anscheinend auch technisch relativ kompliziert zu lösen. Ich finde, dass es eine wichtige Initiative ist, dass der Schöffenrat noch einmal die drei Minister trifft, um über diese Probleme zu sprechen. Wenn die Lastwagen in den Verteilerkreis hinein fahren, dann müssten sie über die Straße fahren. Das ist alles abstrakt, weil wir keine Pläne vorliegen haben. Das sind Punkte, die wir dem Schöffenrat überlassen.

Erlauben Sie mir auch noch eine Klarstellung, was die Kompensierungsmaßnahmen anbelangt, die in dem Gesetz, das wir jetzt im Parlament gestimmt haben, enthalten sind. Es war eine Sorge der Initiative Büringen 21, dass sie nicht darin enthalten seien. Es wurde uns aber versichert, dass die Kompensierungsmaßnahmen in dem Gesetz vorgesehen sind. Wir können gut mit dem Vorschlag leben, uns mit den Unterlagen, die uns zugestellt werden, auseinanderzusetzen. Ich denke, dass wir hier alle in dem gleichen Sinne arbeiten.

MARCEL LORENZINI (DEI LENK): Wenn ich jetzt über diesen Antrag diskutieren müsste, dann hätte ich mich nicht an der Abstimmung beteiligt, weil ich etwas nicht weiß, und zwar steht hier der Satz „In Erwartung der Fertigstellung". In Luxemburg können das zehn oder 20 Jahre sein. Man kann jetzt nicht sagen, dass wir den Abschluss der Verkehrsstudie abwarten. Die Verkehrssituation ist katastrophal und wird immer schlimmer, unabhängig davon, ob das Projekt jetzt verwirklicht wird oder nicht. Wenn man schreibt, dass man bis zum Abschluss der Untersuchung warten soll, dann verdammt das uns dazu, zehn oder 20 Jahre zu warten. Deshalb sollte man das nuancieren. Die Sorgen der Leute, was den Lärm, den Verkehr, die Rad- und Fußgängerwege anbelangt, sollten von Anfang an von den staatlichen Instanzen berücksichtigt werden.

MARC SCHIFFMANN (ADR): Auch die ADR erkennt die Wichtigkeit dieses Projekts an. Es wurde ja auch von uns im Parlament gestimmt. Für mich ist ein Punkt sehr wichtig, und zwar die Verkehrssituation. Wenn es optimal läuft, dann fahren 1600 Lastwagen am Tag durch den Verteilerkreis. Das wird nicht katastrophal, das wird desaströs. Dort läuft nichts mehr. Wenn es uns nicht gelingt, die Lastwagen direkt von der Autobahn zu holen, dann kommt es zu großen Problemen. Meinem Wissen nach ist die Straßenbauverwaltung absolut nicht bereit, diesen Weg zu beschreiten. Das wäre das Schlimmste, das uns passieren könnte. Es kommt noch hinzu, dass der Bypass in Hellingen entfallen soll. Man könnte überlegen, dort einen direkten Zugang zu schaffen, um auf den Standort zu gelangen. Ohne die Regelung des Verkehrs sehe ich riesige Probleme auf uns zukommen.

BÜRGERMEISTER ALEX BODRY (LSAP): Ich frage dann Frau Kutten, ob sie darauf besteht, dass über den Antrag abgestimmt wird oder ob wir dem Gemeinderat vorerst die Unterlagen kommen lassen, in denen es ja neue Elemente gibt. Der Schöffenrat muss dann einen Vorschlag unterbreiten, ob er den Punkt auf die Tagesordnung der nächsten oder übernächsten Sitzung nimmt. Wer will, dass der Punkt von der Tagesordnung genommen wird, kann das beantragen. Ich finde es schon etwas seltsam, dass der Schöffenrat im Vorfeld aufgefordert wird, das Thema nicht auf die Tagesordnung zu nehmen. Das ist in meinen Augen eine unorthodoxe Art und Weise, um hier vorzugehen.

COLETTE KUTTEN (DEI GRENG): Ich bin auch nicht ganz zufrieden mit der Formulierung. Wir haben das aber so in unserer Lokalsektion besprochen. Ich finde nicht, dass ich jetzt ganz alleine die Entscheidung treffen kann, den Antrag zurückzuziehen. Ich werde das auch nicht tun. Ich glaube auch nicht daran, dass man noch viele Möglichkeiten hat, wenn man alle Druckmittel aus der Hand gibt. Für uns ist es unbedingt notwendig, ein Druckmittel aufrecht zu erhalten. Ein wichtiges, das uns bleibt ist die Verweigerung der Umklassierung des Geländes. Dann möchte ich auch noch darauf hinweisen, dass auch wenn die Gemeinde Bettemburg ihre Umklassierung schon vorgenommen hat, was ich erst heute erfahren habe, ich der Meinung bin, dass Düdelingen viel mehr zu verlieren hat als Bettemburg. Für mich ist dies nicht unbedingt ein Argument, dass wir mit Bettemburg gleichziehen müssen. In Anbetracht der Situation halte ich meinen Antrag aufrecht.